

RÜCKBLICK SOMMERSESSION

In der Sommersession der eidgenössischen Räte wurden unter anderem die nachfolgenden Bundesrats- und Parlamentsgeschäfte behandelt / neu eingereicht:

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

Motion 26.3535 «Grundlagen für Raumplanung verbessern durch aktualisierte Prognosen»

- **Eingereicht** durch Nationalrat Christian Wasserfallen, FDP Bern
- **Worum es geht:** In der Schweiz herrscht derzeit vielerorts ein Wohnungsmangel. Die Motion möchte mit einer Verbesserung der Grundlagen für die Raumplanung dagegenwirken: Der Bundesrat soll die erforderlichen Änderungen des Raumplanungsgesetz unterbreiten, damit Kantone und Gemeinden ihre Planung für die Bauzonen alle fünf Jahre aktualisieren müssen.
- **Position VIS:** Der VIS unterstützt diese Motion.

Motion 26.3536 «Die Rechte der Mieterinnen und Mieter bei Erneuerungen stärken»

- **Eingereicht** durch Nationalrat Rudi Berli, Grüne Genf
- **Worum es geht:** Die Motion verlangt vom Bundesrat eine Änderung des Obligationenrechts (Art. 271 ff.), mit welcher die Rechte der Mieter/innen bei Kündigungen aufgrund von Erneuerungsarbeiten an Gebäuden gestärkt werden. Dabei sollen bestimmte Aspekte berücksichtigt werden – beispielsweise die Verpflichtung der Vermieterschaft, eine Ersatzwohnung zu finden oder die Pflicht, mit der Mieterschaft Verhandlungen zu führen, um einen Sozialplan mit Erfolgspflicht zu erstellen.
- **Position VIS:** Der VIS lehnt diese Motion ab.

Motion 26.3636 «Gegen missbräuchliche Verwendung von befristeten Mietverträgen»

- **Eingereicht** durch Nationalrat Ueli Schmezer, SP Bern
- **Worum es geht:** Die Motion verlangt eine Änderung des Mietrechts, welche sicherstellt, dass der Abschluss eines befristeten Mietvertrages von der Vermieterschaft nicht dazu missbraucht werden kann, die Mieterschaft davon abzuhalten, ihre Rechte (z. B. Anfechtung des Anfangsmietzinses, das Recht auf Unterhaltsarbeiten, die Untermiete und die Herabsetzung des Mietzinses) wahrzunehmen.
- **Position VIS:** Der VIS lehnt diese Motion ab.

Motion 26.3798 «Nationale Offensive für attraktive Wohnquartiere»

- **Eingereicht** durch die grünliberale Fraktion
- **Worum es geht:** Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, eine «nationale Offensive für attraktive Wohnquartiere anzugehen». Hierfür wird eine Erleichterung bei der Planung und Realisierung von Wohnquartieren gefordert. Diese Erleichterungen sollen allerdings an Kriterien geknüpft werden (unter anderem gut erschlossene Lagen, Wohnungsmix für vielfältige gesellschaftliche Gruppen, Mindestgrösse und -verdichtung).
- **Position VIS:** Der VIS unterstützt die Anliegen der Motion – insbesondere, dass die Planung und Realisierung von Wohnquartieren erleichtert werden sollen. Allerdings beurteilt er die Kriterien kritisch. Möglicherweise würde das Ziel – nämlich die Erleichterung, dadurch nur schwer erreicht.

Entscheide während der Sommersession

[Motion 25.3972](#) «*Baueinsprachen. Schutzwürdige Interessen klar definieren*»

[Motion 25.3973](#) «*Missbräuchliche Baueinsprachen sanktionieren*»

- **Eingereicht** durch Ständerätin Andrea Gmür-Schöneberger, Mitte LU
- **Worum es geht:** Die Motion 25.3972 fordert eine Präzisierung der Einsprachemöglichkeiten bei Bau- und Raumplanungsverfahren. Künftig sollen lediglich jene Personen zur Einsprache berechtigt sein, welche durch ein Projekt tatsächlich direkt und besonders betroffen sind. Die Motion 25.3973 fordert gesetzliche Grundlagen, damit missbräuchliche Einsprachen sanktioniert werden können – womit die Durchsetzung nicht gerechtfertigter privater Vorteile durch Einsprachen verhindert werden.
- **Stand der Beratung:** Ständerat und Nationalrat haben die Motion angenommen. Damit wird die Motion nun dem Bundesrat überwiesen für die Umsetzung.
- **Position VIS:** Der VIS hat sich für beide Motionen ausgesprochen und begrüsst die Entscheide des Parlaments.

[Parlamentarische Initiative 25.440](#) «*Abgeltungen für PFAS-Sanierungen rückwirkend zulassen*»

- **Eingereicht** durch die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N)
- **Worum es geht:** Die parlamentarische Initiative sieht vor, die gesetzlichen Übergangsbestimmungen zu ergänzen: Neu sollen Gesuche um Abgeltungen für Standorte, welche durch PFAS-haltige Löschschäume verunreinigt wurden, auch rückwirkend möglich sein.
- **Stand der Beratung:** Wie zuvor der Nationalrat hat sich während der Sommersession auch der Ständerat für die parlamentarische Initiative ausgesprochen. Das Geschäft wurde in der Schlussabstimmung von beiden Räten angenommen. Der Erlassentwurf untersteht bis am 8. Oktober 2026 dem fakultativen Referendum. Wird dieses nicht ergriffen, setzt der Bundesrat das Inkrafttreten fest, sofern das Gesetz nichts anderes vorsieht.
- **Position VIS:** Der VIS hat sich für die parlamentarische Initiative ausgesprochen: Als Verband setzen wir uns bereits länger mit den durch PFAS verursachten Problemen und Folgekosten auseinander.

Glossar

- Mit einer **Motion** gibt das Parlament dem Bundesrat den Auftrag, einen Entwurf zu einem Erlass dem Parlament vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen.
- Mit einer **parlamentarischen Initiative** kann ein Ratsmitglied, eine Fraktion oder eine Kommission den Entwurf zu einem Erlass oder die Grundzüge eines solchen Erlasses vorschlagen.